

Politische Macht, Faschismus und Ideologie. Ernesto Laclaus Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas

Die Rezeption der Schriften von Nicos Poulantzas, einem der prominentesten marxistischen Staatstheoretiker der 1970er Jahre, hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Werkes von Ernesto Laclau. Im Folgenden werde ich zeigen, dass man dabei zwei thematische Felder und Radikalitätsgrade dieser Auseinandersetzung unterscheiden kann: Zunächst interveniert Laclau in die Kontroverse zwischen Poulantzas und dem Politikwissenschaftler Ralph Miliband. Hier übt Laclau eine immanente Kritik am gesellschaftstheoretischen Instanzen-Formalismus der strukturmarxistischen Schule und beschränkt sich auf eine Historisierung des Begriffs des Politischen als Moment einer Teilbereichstheorie.

In der Diskussion von Poulantzas' Faschismusanalyse, die vor allem unter dem Aspekt der Bedeutung von ideologischen Krisen und Kämpfen geführt wird, formuliert Laclau allerdings Thesen, die nach seiner damaligen Einschätzung zwar lediglich Poulantzas' klassenreduktionistische Konzeptualisierung von Ideologien überwinden sollen, de facto aber den grundlegenden Umbau von Laclaus marxistischem Theoriegerüst vorbereiten – allerdings ohne diesen Umbau bereits vorzunehmen. Der ‚populare‘ Diskurs, die antagonistische Reklamation des partikularen Gemeinwesens, wird hier schon zum vornehmlichen Mechanismus des Politischen – zum Modus des ideologisch-politischen Klassenkampfes, wie es hier noch heißt –, aber das Politische ist hier noch nicht, wie in Laclaus postmarxistischer Phase, die Logik der Konstitution des Sozialen schlechthin. Trotz der paradigmatischen Differenzen zwischen Laclaus marxistischer und postmarxistischer Phase wird dabei allerdings eine erstaunliche *inhaltliche* Kontinuität seines Verständnisses von ‚linker‘ Politik erkennbar, die in seinem Plädoyer für einen linken Populismus und Nationalismus besteht.

1. Aufräumarbeiten im strukturmarxistischen Baukasten

1.1. Die Spezifik des Politischen

In seinem ersten Hauptwerk *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* (1968), das der vornehmliche Gegenstand der Poulantzas-Miliband-Laclau-Debatte der 1970er Jahre sein wird, ordnet Poulantzas die Politikanalyse in ein Theoriesystem ein, das sich wesentlich an Louis Althusser und Etienne Balibars strukturelem Marxismus orientiert. Poulantzas unterscheidet zunächst eine „allgemeine Theorie“ von „Einzeltheorien“ und „Teilbereichstheorien“.¹ Die allgemeine Theorie beinhalte Grundkategorien, die den wissenschaftlichen Gegenstandsbereich ‚Geschichte‘ konstituieren: Produktionsweise, Gesellschaftsformation, Produktionsverhältnisse usw. Einzeltheorien sollen dagegen eine konkrete historische Produktionsweise und Gesellschaftsformation analysieren. Teilbereichstheorien schließlich seien solche, die relativ autonome Instanzen, nämlich „Ökonomie, Politik, Ideologie“, untersuchen, „deren jeweilige Verbindung eine Produktionsweise und eine Gesellschaftsformation ergibt“.² Die Theorie des Politischen ist damit zunächst eine Teilbereichstheorie, die den Begriff einer bestimmten Produktionsweise und allgemeine geschichtstheoretische Kategorien voraussetzt. Das soll im Folgenden erläutert werden:

Zunächst unterscheidet Poulantzas die Begriffe Produktionsweise und Gesellschaftsformation. Eine Produktionsweise bezeichnet nicht lediglich das ökonomische Feld, sondern die

¹ Poulantzas 1974, S. 10.

² Ebd.

Gesamtstruktur einer aus den „Instanzen“ Ökonomie, Politik und Ideologie in spezifischer Weise zusammengesetzten Gesellschaftsordnung.³ Eine Produktionsweise als komplex strukturiertes Ganzes sei ein „abstrakt-formales Objekt“,⁴ ein Begriff der Kernstrukturen einer Sozialordnung „in ihrem idealen Durchschnitt“,⁵ während mit ‚Gesellschaftsformation‘ „ein soziales Ganzes [...] zu einem bestimmten Zeitpunkt seiner historischen Existenz“⁶ bezeichnet werde, z.B. die französische Gesellschaft im Jahr 1968. Eine Gesellschaftsformation könne wiederum eine Kombination aus verschiedenen Produktionsweisen sein, wobei eine Produktionsweise die dominante Position innehave. Die Theorie des Politischen könne daher als Teilbereichstheorie auf der hohen Abstraktionsebene einer Produktionsweise (das Politische im Kapitalismus im Allgemeinen) und auf der niedrigen Abstraktionsebene einer Gesellschaftsformation (die politische Instanz in der französischen Gesellschaft des Jahres 1968) konzeptualisiert werden.

In einer Produktionsweise sei das Ökonomische in letzter Instanz determinierend, ohne immer die dominante Instanz sein zu müssen. Das Ökonomische, verstanden als bestimmte Struktur der Produktionsverhältnisse, bestehe im Kern aus den Besitz- und Eigentumsverhältnissen. ‚Besitz‘ wird diffus als „*Verhältnis der realen Aneignung*“ bestimmt, während ‚Eigentum‘ das Verfügungsverhältnis des „Nicht-Arbeitenden“ über die Arbeitskraft bzw. Produktionsmittel bezeichne. Besitz- und Eigentumsverhältnisse kombinieren die „invarianten Elemente“ ‚unmittelbare Produzenten‘, ‚Produktionsmittel‘ und „Nicht-Arbeitende“.⁷ Diese Kombination innerhalb der Produktionsverhältnisse bestimme, welche Art von Trennung und Verbindung der sozialen Instanzen existiere, weise diesen also ihre Position im sozialen Gefüge zu und determiniere so zugleich deren relative Autonomie.⁸ Im Gegensatz zum Modell der „expressive[n] Totalität“,⁹ das die Determination durch die Ökonomie als völlige Unselbständigkeit der anderen Praxisfelder begreife, sind also relative Autonomie des Politischen und Determination durch das Ökonomische keine Widersprüche. Im Rekurs auf Marx¹⁰ behauptet Poulantzas gar, dass die Determination durch die Ökonomie in vorkapitalistischen Produktionsweisen das Politische als dominante Instanz setzen könne, während die Ökonomie im Kapitalismus sowohl determinierende als auch dominierende Instanz sei. Anhand der kapitalistischen Produktionsweise stelle sich das Determinationsverhältnis wie folgt dar: Der Feudalismus sei durch das Auseinanderfallen von Eigentums- und Besitzverhältnissen gekennzeichnet. Die unmittelbaren Produzenten seien in *der* Form mit ihren Produktionsmitteln verbunden, als sie damit ihre Subsistenz bestreiten können. Das Mehrprodukt müsse ihnen daher in Form persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse „durch außerökonomischen Zwang abgepreßt werden“.¹¹ Im Kapitalismus hingegen bestehe eine „*Homologie*“¹² von Nichtbesitz/Nichteigentum der unmittelbaren Produzenten an den Produktionsmitteln: Sie kommen erst nachträglich, durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, überhaupt mit Produktionsmitteln in Kontakt und verfügen nicht einmal teilweise über die damit hergestellten Arbeitsprodukte. Das Mehrprodukt wird ihnen in Gestalt des Mehrwerts vermittelt über strukturelle Zwänge des Marktes (durch Nichteigentum/-besitz an Produktionsmitteln bedingter Zwang zum ‚freiwilligen‘ Tausch) abgepresst. Damit konstituiere sich eine Struktur des gesellschaftlichen Ganzen, die eine „*spezifische*

³ Vgl. ebd., S. 12.

⁴ Ebd., S. 13.

⁵ Marx 1989, S. 839.

⁶ Poulantzas 1974, S. 13.

⁷ Ebd., S. 24.

⁸ Vgl. Marx 1989, S. 799f.

⁹ Poulantzas 1974, S. 12.

¹⁰ Vgl. Marx 1993, S. 96Fn. bei Poulantzas 1974, S. 26.

¹¹ Poulantzas 1974, S. 28.

¹² Ebd., S. 25.

*Autonomie*¹³ der Instanzen Politik/Ökonomie aufweise. ‚Ökonomie‘ bedeute dann eine relativ autonome, weil marktvermittelte, Abpressung des Mehrwerts, ‚Politik‘ ein relativ autonomes, weil nicht *unmittelbar* die Mehrwertaneignung bewerkstelligendes Feld des organisierten Zwangs. Die politischen Strukturen bestünden damit „in der *institutionalisierten Staatsmacht*“,¹⁴ die im Kapitalismus die Form des staatlichen Monopols legitimer Gewaltausübung angenommen habe.

Poulantzas verteidigt in seiner Theorie ‚Politik‘ als Teilbereichskonzept. Nicht nur verwendet er die Begriffe Politik/Politisches, die später in postmarxistischen Ansätzen jeweils eine eigenständige Bedeutung erhalten,¹⁵ synonym, er wendet sich auch scharf gegen eine Entdifferenzierung des Begriffs des Politischen zum Inbegriff für den „historisch-dynamischen Aspekt“ *jeder* gesellschaftlichen Instanz. Dies führe zur „Abschaffung [...] der Besonderheit des Politischen, seine[r] Zersplitterung in lauter nicht unterscheidbare Elemente“,¹⁶ würde „eine Untersuchung der Strukturen des Politischen und der politischen Praxis überflüssig“¹⁷ werden lassen, was so viel heißen soll wie die politische Theorie als Staatstheorie fallenzulassen, weil das Politische ja nun überall zu finden sei. Schließlich bewirke dies auch eine „Überpolitisierung der theoretischen Ebene“, die in Schemata wie „bürgerliche Wissenschaft – proletarische Wissenschaft“¹⁸ münde. Diese Bemerkungen stellen eine Art Kritik des Postmarxismus *avant la lettre* dar, treffen sie doch vielen seiner TheoretikerInnen gemeinsame Tendenzen, nämlich die Entdifferenzierung des Politischen vom mit dem Staat verbundenen Teilbereichsbegriff zum Zentralbegriff für Wandel und instituierende Praxis¹⁹ und die extreme Politisierung des Diskurses im Sinne einer politischen Theorie der Wissensproduktion – die allerdings nicht mehr in einem klassentheoretischen Duktus daherkommt, sondern im Stile eines unspezifischeren epistemischen Relativismus und Machtreduktionismus formuliert wird.²⁰

Allerdings meint auch Poulantzas, der politische (im Gegensatz zum bloß ökonomischen) Kampf sei der „Angelpunkt des Veränderungsprozesses“²¹ einer Gesellschaftsformation. Diese These ist aber Resultat seiner Auffassung der Zentralität des *Staates* für die Veränderung oder Bewahrung einer gesellschaftlichen Ordnung, d.h. politische Praxis besteht in der Bezogenheit des Handelns auf den Staatsapparat. Daher sei die über den Klassenkampf vermittelte „Eroberung der Macht im Staat das Spezifische der politischen Praxis“.²² Die Bedeutung des kapitalistischen Staates als Form des Politischen bestehe nämlich in seiner „globale[n] Kohäsionsfunktion“²³ für gesellschaftliche Verhältnisse. Einerseits vereinzele der Staat die Individuen zu Rechtssubjekten und Konkurrenten auf dem Markt. Dieser „Vereinzelungseffekt“ werde aber vom Staat durch „die repräsentativen Institutionen der Einheit des Volkes als Nation“²⁴ wieder kompensiert, wobei er die Hegemonie einer Klassenfraktion innerhalb des herrschenden Klassenbündnisses (Machtblock) und die Hegemonie des Machtblocks im sozialen Gesamtgefüge (der herrschenden über die

¹³ Ebd., S. 27.

¹⁴ Ebd., S. 41, vgl. auch 51Fn., 235f.

¹⁵ Politisches wird dort bisweilen als instituierende und Politik als instituierte Praxis verstanden, je nach Vertreter aber anders benannt.

¹⁶ Ebd., S. 36.

¹⁷ Ebd., S. 37.

¹⁸ Ebd., S. 36.

¹⁹ Vgl. *Laclau/Mouffe* 2000, S. 193, die betonen, dass „Politik als eine Praxis des Erzeugens, der Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse nicht auf einer bestimmten Ebene des Gesellschaftlichen verortet werden kann, da das Problem des Politischen das Problem der Einrichtung des Sozialen ist“.

²⁰ Vgl. *Mouffe* 2013, S. 73f., 101, *Marchart* 2011, S. 213.

²¹ *Poulantzas* 1974, S. 78.

²² Ebd., S. 42.

²³ Ebd., S. 50.

²⁴ Ebd., S. 136.

beherrschten Klassen) organisiere. Der Staat fungiere damit als „Einigungsfaktor“²⁵ der herrschenden Klasse, indem er deren allgemeines Klasseninteresse durchsetze – und zwar auch und gerade gegen die unmittelbaren Interessen bestimmter Kapitalfraktionen oder konkurrierender Einzelkapitale.²⁶ Er sei somit in mehrfacher Hinsicht kein Instrument der herrschenden Klasse oder gar einer Klassenfraktion: Die Bourgeoisie sei kein homogenes, einheitlich als Gesamtkapital agierendes Klassensubjekt, sondern vielmehr in konkurrierende Einzelkapitale und Fraktionen zersplittert, deren unmittelbares Interesse häufig ihrem langfristigen widerspreche. Den Einzelkapitalen müssten ihre langfristigen Interessen staatlich aufgezwungen werden. Der Staat sei aber auch kein unabhängig von Klassenkämpfen existierendes neutrales Subjekt, sondern Ort der Verdichtung der Kräfteverhältnisse dieser Klassen, in deren Kämpfen auf dem politisch-ideologischen Feld sich erst ein verbindlicher staatlicher Wille konstituiere.²⁷ Um Hegemonie und soziale Einheit zu organisieren, bedürfe es symbolischer und ökonomischer Kompromisse innerhalb des Blocks an der Macht und zwischen diesem und den subalternen Klassen. Politische Herrschaft mittels Hegemonie stelle damit ein instabiles Kompromissgleichgewicht mit Dominante dar, innerhalb dessen sich die dominierenden Interessen symbolisch als Interessen des gesamten Machtblocks *und* als Verkörperung der ‚Volksinteressen‘ präsentierten.²⁸

Auch wenn Poulantzas sich von einer abstrakten „Kombinatorik“²⁹ distanziert, die Ökonomie, Politik und Ideologie als „im Vorhinein gegebene Wesenheiten“ verstehe, welche „erst dann, wenn sie schon bestehen, zueinander in rein äußerliche Beziehungen treten“,³⁰ so behauptet er 1968 noch, dass den genannten Instanzen „in anderen Produktionsweisen“ als der kapitalistischen ebenfalls eine „relative Autonomie“³¹ zukomme, allerdings „nicht dieselbe Autonomie“³² wie im Kapitalismus. Bezüglich der Politikwissenschaft bestehe damit das „Problem, den spezifischen Charakter des politischen Teilbereichs je nach den jeweiligen Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen zu erfassen.“³³ Poulantzas proklamiert also die Möglichkeit einer *allgemeinen Theorie des Politischen* (allgemein im Sinne von allgemeiner Geschichtstheorie) *als Teilbereichstheorie*. Dagegen wendet sich Laclau: Poulantzas entwickle keinen „theoretischen“, sondern lediglich einen „deskriptiven und intuitiven“³⁴ Begriff des Ökonomischen. Dieser werde im Rahmen einer abstrakten Kombinatorik von Instanzen verwendet, die genau das praktiziere, was Poulantzas leugne: die Konstruktion der Spezifik einer Produktionsweise durch die nachträgliche Kombination vorab unterschiedener Instanzen. Die Aussagen, dass es die spezifische Kombination der Instanzen Politik/Ökonomie/Ideologie sei, die die Struktur einer Produktionsweise ausmache, dass diese Instanzen dabei stets als relativ autonom gelten und dass die Ökonomie in letzter Instanz determinierend sei, auch wenn die Politik die dominante Instanz darstelle, hält Laclau für Symptome einer theoretischen Anomalie. Zwar erahne Poulantzas, dass die Konstruktion der Ebenen Politik/Ökonomie aus der kapitalistischen Produktionsweise heraus erfolge und ihre Projektion in vorkapitalistische Produktionsweisen einen Anachronismus darstelle. So bemerke bereits Poulantzas‘ Gewährsmann Balibar, dass gewaltvermittelte Aneignungen des Mehrprodukts im Feudalismus, „[k]eine direkten ökonomischen Formen [darstellen], sondern in unlösbarer Verflechtung politische und ökonomische Formen zugleich“, es also

²⁵ Ebd., S. 311.

²⁶ Vgl. ebd., S. 295ff., 310ff.

²⁷ Vgl. Poulantzas 1976b, S. 97.

²⁸ Vgl. Poulantzas 1974, 139ff., 194-198, 228.

²⁹ Ebd., S. 24.

³⁰ Ebd., S. 15.

³¹ Ebd., S. 28.

³² Ebd., S. 31Fn.

³³ Ebd., S. 23.

³⁴ Laclau 1981, S. 68.

Produktionsweisen gebe, die „keine [...] Unterscheidung einer ‚ökonomischen‘, ‚juristischen‘, ‚politischen‘ Ebene [...] zulassen“.³⁵ Zugleich werde aber mit Marx behauptet, im Feudalismus werde das Mehrprodukt „durch außerökonomischen Zwang abgepreßt“.³⁶ Laclau räumt nun mit den begrifflichen Unklarheiten des strukturalistischen Baukastens und seiner Bauklötze Politik/Ökonomie/Ideologie auf, indem er die Ambiguität des dabei verwendeten Begriffs des Ökonomischen auflöst. Es existieren demnach zwei grundverschiedene Begriffe von Ökonomie im Denken von Balibar/Poulantzas: Der erste Begriff sei auf der Ebene der allgemeinen Geschichtstheorie angesiedelt und bezeichne die Produktionsverhältnisse im Sinne der zentralen Formen der Aneignung von Mehrarbeit.³⁷ Der zweite Begriff hingegen „bezieht sich nur auf warenproduzierende Gesellschaften“,³⁸ ist also auf der Ebene der Einzeltheorie einer ganz spezifischen Produktionsweise (des Kapitalismus) angesiedelt, die die Aneignung von Mehrprodukt marktvermittelt und nicht mehr direkt gewaltvermittelt organisiert. Nur hier sei eine relativ autonome Instanz ‚Ökonomie‘ existent. Wenn im Feudalismus daher unmittelbare Gewalt im Rahmen persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zur Aneignung des Mehrprodukts verwendet werde, so sei das im Sinne des ersten Begriffs keineswegs ‚außerökonomischer‘ Zwang, sondern diese Form der Aneignung sei eben die Gestalt der Produktionsverhältnisse. Diese konstituieren im Feudalismus aber, wie Laclau feststellt, keine relativ autonomen Instanzen Politik/Ökonomie, d.h. in der zweiten Bedeutung existiert dort keine Ökonomie. Damit werde aber auch die Unterscheidung von Determinante und Dominante hinfällig, denn im Sinne der „Produktion der materiellen Existenz“ sei die Ökonomie immer „nicht in letzter Instanz, sondern in erster Instanz“ determinierend *und* „dominierend, in welcher Produktionsweise auch immer“.³⁹ D.h. wenn ‚das Politische‘ in Antike oder Feudalismus dominiere, sei es eben Moment der Produktionsverhältnisse.⁴⁰ Es ist also die spezifische Verbindung/Trennung von Produktionsmitteln, Arbeitskräften und Nichtproduzenten, die die gesellschaftliche Struktur determiniert, die dann je nachdem relativ autonome Instanzen haben kann oder auch nicht. Welche Konsequenz hat diese immanente Kritik für Laclaus Politikbegriff? Er vertritt hier noch eine historisch klar konturierte „Spezifik des Politischen“,⁴¹ die die nur im Kapitalismus existierende relativ autonome Instanz des staatlichen Gewaltmonopols bezeichnet, das einer marktvermittelten, strukturellen Zwängen folgenden ökonomischen Ebene gegenübersteht. Es findet sich noch keine Spur seines späteren Konzepts von Politik als einer „Praxis des Erzeugens [...] sozialer Verhältnisse“⁴² schlechthin. Die historische Spezifizierung des Politikbegriffs erkennt auch Poulantzas in seiner *Antwort auf Miliband und Laclau* an. Hier spricht er vom „klassischen Irrtum [...] historischer Rückprojizierung“,⁴³ der ihm im Falle der Instanzentheorie unterlaufen sei und deutet bereits seine Schlussfolgerung aus der *Staatstheorie* an, dass es keine invariante politische Instanz und demnach auch „keine allgemeine Theorie des Staates geben kann, in der die allgemeinen Gesetze seiner Transformation in den verschiedenen Produktionsweisen fixiert sind“.⁴⁴ Es sei „gerade eines der Verdienste des Marxismus, hier [...] die metaphysischen Höhenflüge der politischen Philosophie vermieden zu haben, die vagen und nebelhaften allgemeinen, abstrakten Theoretisierungen, mit denen die großen Geheimnisse der Geschichte, des Politischen, des

³⁵ Balibar 1972, S. 298f.

³⁶ Marx 1989, S. 799.

³⁷ Vgl. Laclau 1981, S. 67f.

³⁸ Ebd., S. 68.

³⁹ Ebd., S. 69.

⁴⁰ Die Unterscheidung von funktionaler Ebene der materiellen Reproduktion und Ökonomie als relativ autonomer Teilstruktur findet sich ausgearbeitet im Werk von Godelier 1990, S. 29f., 39.

⁴¹ Laclau 1981, S. 46.

⁴² Laclau/Mouffe 2000, S. 193.

⁴³ Poulantzas 1976b, S. 107.

⁴⁴ Poulantzas 1978, S. 20.

Staates und der Macht aufgedeckt werden sollten.“⁴⁵ Hier wendet sich Poulantzas bereits gegen die poststrukturalistische Tendenz⁴⁶ zu „großen und mystifizierenden Ausdrücken“, „simpelsten und bombastischen Verallgemeinerungen“,⁴⁷ mit denen die realen Probleme der politischen Wissenschaft in eine diffuse Philosophie des Politischen aufgelöst würden. Man benötigt nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie Poulantzas Laclaus postmarxistischen Ansatz beurteilt hätte.

1.2. Die ideologischen „Staats“apparate

Im Anschluss an Ralph Milibands Kritik an Poulantzas stellt Laclau auch das Konzept der ideologischen Staatsapparate von Althusser/Poulantzas in Frage, allerdings ohne deren Ideologiebegriff selbst zu kritisieren: Althusser bestimmt Ideologie als Repräsentation des „imaginäre[n]“ – d.h. mythischen, illusionären und verzerrten – „Verhältnis[es] der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“,⁴⁸ die in sozialen Praktiken situiert sei, deren institutionelle Seite er ‚ideologische Staatsapparate‘ (ISA) nennt. Althusser versucht im Anschluss an Gramscis Hegemonietheorie die Institutionen und Praktiken der Ideologieproduktion als zentrale Orte der Herstellung von Zustimmung zu Herrschaft und der Reproduktion der Produktionsbedingungen durch Identitätsbildung („subjektivierende[.] Unterwerfung“⁴⁹) in den Blick zu nehmen. „Anrufung“⁵⁰ ist der Mechanismus der Subjektkonstitution, der institutionalisierten Hervorbringung und Verinnerlichung von Verhaltenserwartungen, die Individuen zu Rollenträgern werden lassen, die mit relativer personaler Kohärenz (Identität) und Handlungsfähigkeit ausgestattet sind.⁵¹ Die allgemeinen Strukturen des ideologischen Effekts sind die *Identitätsillusion* (die real fragmentierte Individualität wird imaginär als homogene, einheitliche Identität erlebt); der *Anthropomorphismus* (die Welt wird als teleologisch zentriert auf das einheitliche Subjekt hin erlebt) und die *individualistische Autonomieillusion*: „[A]ufgrund der Anrufung“, so Laclau zustimmend, leben „Individuen ihre Lebensbedingungen [...], als wären sie selbst deren autonomes Prinzip – als wenn sie, die Determinierten, das Determinierende wären“.⁵²

Miliband stellt nun die Frage, warum z.B. Familien, Schulen, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen und Unternehmerverbände, die von Althusser (und im Anschluss an ihn auch von Poulantzas)⁵³ als solche Staatsapparate identifiziert werden, *prinzipiell* ideologische Staatsapparate sein sollen. Hier, so Miliband, werde eine fatale Konfundierung nichttotalitärer und totalitärer Regime vollzogen, die diese häufig *privaten und damit nichtstaatlichen* Institutionen in der Tat unter staatliche Kontrolle stellen.⁵⁴ Wie begründet Poulantzas nun die Staatlichkeit der Apparate? 1) Weil politische Herrschaft nicht allein über das „Mittel der organisierten physischen Repression“ funktionieren könne, sondern die „Mitwirkung der Ideologie“ erfordere, seien deren Apparate „direkt in das staatliche System eingegliedert“.⁵⁵ 2) Alles, was gesellschaftliche Kohäsion stifte und die Produktionsbedingungen reproduziere, sei staatlich. Der Staat dürfe nicht allein als *Instanz* begriffen werden, die die „Machtmittel zur physischen Repression“ beinhalte, sondern müsse über „Rolle in der Aufrechterhaltung der Einheit und des Zusammenhangs einer gesellschaftlichen Formation, in der

⁴⁵ Ebd., S. 18.

⁴⁶ Poulantzas wendet sich explizit gegen so unterschiedliche Autoren wie Deleuze, Foucault, Lefort, Castoriadis, Levy und Glucksmann.

⁴⁷ Ebd., S. 19, vgl. S. 33-38.

⁴⁸ Althusser 2012, S. 256.

⁴⁹ Ebd., S. 252.

⁵⁰ Ebd., S. 268.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 271ff.

⁵² Laclau 1981, S. 89.

⁵³ Vgl. Poulantzas 1976a, 19ff.

⁵⁴ Vgl. Miliband 1976, S. 33.

⁵⁵ Poulantzas 1973, S. 323.

Aufrechterhaltung [...] und damit der Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen“⁵⁶ begriffen werden. 3) Alles, was von organisierter Zwangsgewalt geschützt werde, sei staatlich. Der repressive Staatsapparat (RSA) garantiere die Funktion der ISA, er biete Rechtsgarantien für Verbände, Schulen, Kirchen usw. 4) Der „Staat selbst“ treffe die Unterscheidung privat/öffentlich – und zwar mittels des Rechts. Da diese Unterscheidung also lediglich „eine rein formaljuristische“⁵⁷ Unterscheidung des Staates sei, könne sie nicht dazu verwendet werden, den Staat im Unterschied zur Ökonomie zu bestimmen.

Mit der Behauptung, es sei für die Frage des Charakters einer Institution als ISA irrelevant, ob diese privat oder öffentlich ist, werde, so lautet Laclaus Kritik, der Staatsbegriff von einem Begriff für eine relativ autonome *Instanz* zu einem reinen *Funktionsbegriff* verschoben.⁵⁸ Der Begriff des Staates umfasse nun alles, was die Funktion der „Kohäsion“ einer widersprüchlichen Gesellschaft ausfüllt. Damit wäre, um Laclaus Überlegung zu ergänzen, auch der Markt staatlich, weil er eine, wenn auch antagonistische, Form der Konstitution von gesellschaftlichem Zusammenhang ist. Und auch der Staat wäre zum Teil ‚nicht-staatlich‘, weil er als Rechtssystem die Form des Privateigentums und damit der Konkurrenz und Dissoziation der sozialen Einheit mitkonstituiert,⁵⁹ wie Poulantzas im Kontext seiner These vom rechtlich vermittelten Vereinzelungseffekt selbst proklamiert.⁶⁰ Es handle sich, so Laclau, dabei um den Fehlschluss von der These, der Staat sei eine „*Instanz*, die den Zusammenhalt zwischen den Ebenen einer Gesellschaftsformation herstellt, zur Behauptung, *alles*, was zum Zusammenhalt einer Gesellschaftsformation beiträgt, gehöre per definitionem zum Staat.“⁶¹ Damit werde die Staat/Gesellschaft-Differenz aufgelöst in die Differenz von integrativen/desintegrativen Praktiken. Insbesondere werde der spezifische Charakter des bürgerlichen Staates als relativ autonomer Sphäre und öffentlicher Zwangsgewalt damit eskamotiert.

Eine weitere Kritik Laclaus an der ISA-Theorie lautet, dass Ideologie hier nur als Unterwerfung in Form der Selbsttätigkeit begriffen werden könne, die zur Reproduktion des „bestehenden Herrschaftssystem[s]“⁶² beiträgt, denn „subjektivierende Unterwerfung“⁶³ im Rahmen ideologischer Anrufung bedeutet Althusser zufolge, dass diejenigen, die die großen SUBJEKTE Staat, Gott usw. anerkennen, sich darin als kleine Subjekte wiedererkennen und so „*die Reproduktion der Produktionsverhältnisse gewährleist[en]*“, indem sie als Subjekte „ganz von selber [...] funktionieren“.⁶⁴ Laclau betont dagegen, es gebe auch „Ideologien der beherrschten Klassen“, in denen der „Mechanismus der Selbst-Unterwerfung des Individuums“, der „ethische Zwang“ durch Anrufung als Subjekt, revolutionären Interessen dienen könne. Anrufung könne „verschiedensten objektiven Interessen dienen“. Die Anrufung „‘Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!’“ z.B. bedeute die „Schaffung von Bedingungen für die Befreiung der Ausgebeuteten“.⁶⁵ Auch hier würden Individuen als Subjekte angerufen, was gemäß den von Laclau ja ausdrücklich geteilten Althusserischen Prämissen bedeuten würde, dass hier eine Identifizierung als *Verkennung* sowie eine *Unterwerfung* praktiziert würden. Es stellt sich dabei *erstens* die Frage, in welchem Sinne hier von einer Unterwerfung der Individuen gesprochen werden kann. a) Wenn man den Lacanschen Entfremdungsfatalismus hinzuzieht, ist das banal, weil jede Identität (und damit jede Form von Handlungsfähigkeit) als ‚Unterwerfung‘ des Mannigfaltigen unter die imaginäre

⁵⁶ Ebd., S. 324.

⁵⁷ Ebd., S. 327.

⁵⁸ Vgl. Laclau 1981, S. 62.

⁵⁹ Von anderen Dissoziationseffekten des Staates wie Bürgerkriegen, politischen Krisen usw. ganz abgesehen.

⁶⁰ Vgl. Poulantzas 1974, S. 132f., 220.

⁶¹ Laclau 1981, S. 61.

⁶² Ebd., S. 191.

⁶³ Althusser 2012, S. 278.

⁶⁴ Ebd., S. 279, 278.

⁶⁵ Laclau 1981, S. 191.

Subjekteinheit begriffen wird – im Grunde die französische Ausgabe der urdeutschen Zivilisationskritik der *Dialektik der Aufklärung*. Damit entfällt aber auch jeder spezifische politische Informationsgehalt dieses Unterwerfungsbegriffs: Wenn ich als männlicher Jugendlicher, Arbeiter, sprachbegabtes Subjekt, frei assoziierter Produzent und KZ-Insasse gleichermaßen ‚unterworfen‘ bin, dann verfehlt dieser Begriff ganz einfach entscheidende sachliche Differenzen. b) Soll es vielleicht einen oppositionellen Kollektivismus meinen, in dem das Individuum sich bedingungslos der Partei oder Bewegung unterwirft? Das würde zumindest dem von Laclau beiläufig verwendeten Begriff des „ethischen Zwangs“ einen Sinn geben und zu der besinnungslosen Begeisterung vieler Vertreter (nicht nur) der Althusser-Schule für den totalitären Maoismus in den 60er/70er Jahren passen. Hier wäre die Frage, was daran noch emanzipatorisch sein könnte, wobei aber ganz grundlegend gefragt werden muss, in welchen Kategorien der (post-)strukturalistische Ansatz es erlaubt, Emanzipation zu denken. c) Soll es kollektive Handlungsfähigkeit meinen? Dann wäre aber der Begriff der Unterwerfung wieder fragwürdig und es müssten freiwillige, die eigenen Interessen realisierende und Handlungsfähigkeiten erweiternde Praxisformen trennscharf von herrschaftlichen (=Unterwerfung) geschieden werden. *Zweitens* stellt sich die Frage, in welchem Sinne dieses revolutionäre Individuum-als-Subjekt eine Verkennung beinhalten soll? Warum wäre bei einem Beitrag zu einer kollektiven, fundamental gesellschaftsverändernden Praxis die kohärente Handlungsfähigkeit imaginär (und warum ist sie überhaupt imaginär, denn nur *wirkliche*, wenn auch relative, Kohärenz kann *wirkliche* Erkenntnisse und Handlungen bewirken)? Die spätere Entwicklung Laclaus schwenkt auf eine Sorelsche/Mussolinische Position ein: Wichtig sind handlungsmotivierende Mythen (was hier ein imaginäres Verhältnis zu realen Existenzbedingungen meint), nicht die theoretische Wahrheit/Falschheit von Denkinhalten.⁶⁶ Für eine faschistische Bewegung mag das gut funktionieren, aber für eine sozialistische, die ja den Gedanken kollektiv-*rationaler* Gestaltung der materiellen Reproduktion⁶⁷ und wirklicher Aufhebung bestimmter Herrschaftsverhältnisse notwendig beinhaltet und damit auch wahre Aussagen über die zu verändernde Gesellschaft treffen muss, bleibt solch ein Ansatz in höchstem Maße fragwürdig. Hier aber bleiben diese Fragen offen und zeigen letztlich eine theoretische Anomalie an, die die Verwendung strukturalistischer Kategorien in einem kommunistischen Kontext bewirkt.

2. Faschismus, Populismus, Ideologie

Laclaus Kritik an Nicos Poulantzas‘ Buch *Faschismus und Diktatur* (1970) geht weit über die konkrete Frage der Faschismusanalyse hinaus und beinhaltet eine Theorie des ideologischen Kampfes und der diskursiven Verknüpfung von Elementen, die spätestens gegen Ende der 1970er Jahre einen radikalen Paradigmenwechsel Laclaus hin zum ‚Postmarxismus‘ einleitet.

2.1. Poulantzas über den Klassencharakter des Faschismus

Poulantzas begreift den Faschismus als spezifische Herrschaftsform einer Ausnahmegestalt des ‚interventionistischen‘ kapitalistischen Staatstyps.⁶⁸ Diese komplexe Bestimmung impliziert, dass er den Faschismus weder aus dem Kapitalismus im allgemeinen (Ebene der Produktionsweise) noch aus einem bestimmten ‚Stadium‘ der Entwicklung des Kapitalismus (‚Staatsinterventionismus‘) ableitet, sondern ihn innerhalb dieser Strukturen aus einer konkreten historischen Klassenkampfkonstellation hervorgehen sieht. Er grenzt sich damit von den deterministischen Stadientheorien des Faschismus ab, die in der Kommunistischen Internationale (KI) vertreten wurden. Diese betrachteten den Faschismus als unvermeidliche, letzte und die revolutionären Energien der Arbeiterklasse unabsichtlich befördernde Form der

⁶⁶ Vgl. Opratko 2012, S. 148 sowie Priester 2014, S. 75-92.

⁶⁷ Auch von diesem Gedanken wird sich Laclau allerdings verabschieden, vgl. kritisch dazu Hirsch 2009.

⁶⁸ Vgl. Poulantzas 1973, S. 332-336.

„Diktatur des Großkapitals“, als bloßes Werkzeug dieses Großkapitals, als „offene, terroristische Diktatur“ letztlich nur der „reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“,⁶⁹ ohne die Massenbasis und ideologische Integrationsfähigkeit faschistischer Bewegungen zu begreifen.⁷⁰

Poulantzas zufolge reagiert der Faschismus auf eine Hegemoniekrise des Blocks an der Macht: Weder innerhalb des Bündnisses der herrschenden Klassen noch zwischen diesem und den beherrschten Klassen könne die stabile Führung einer Fraktion oder Klasse etabliert werden.⁷¹ Das bedeute keineswegs, dass die Revolution vor der Tür gestanden habe und die Bourgeoisie aus Furcht vor der Arbeiterklasse nun zur faschistischen Krisenlösung greifen musste. Vielmehr stünde der Hegemonieunfähigkeit des Machtblocks eine in der Defensive befindliche, geschwächte Arbeiterbewegung gegenüber.⁷² Der Faschismus reorganisiere die Hegemonie unter der Führung des „Monopolkapitals“,⁷³ indem er das Machtzentrum vom Parlament auf parastaatliche Organisationen (z.B. NS-Bewegung mit Kampfbünden sowie „ökonomisch-ständischen ‚pressure groups‘, die [...] unmittelbar auf die Exekutive einwirkten“)⁷⁴ und eine verselbständigte Exekutive (politische Polizei, Verwaltung, Richterschaft, Armee) verlagere.⁷⁵ Dabei zeichne er sich durch das „Vorhandensein einer Massenpartei“ mit starker außerparlamentarischer Orientierung und „durch eine permanente Mobilisierung der Volksmassen“⁷⁶ aus, die, einmal an der Macht, eine antibürokratische Pluralisierung der Machtzentren bewirke. Der Faschismus sei keineswegs bloßes Werkzeug einer kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten, wie die offizielle KI-Linie behauptete, sondern weise eine spezifische „relative Autonomie sowohl gegenüber dem Block an der Macht als auch gegenüber der Fraktion des monopolistischen Großkapitals“⁷⁷ auf, einmal, weil er, wie jede Form kapitalistischer Herrschaft, eine spezifische doppelte Kompromiss- und Repräsentationsstruktur zwischen dominanter Klassenfraktion und mitherrschenden Klassen im Machtblock sowie zwischen diesem und den beherrschten Klassen etablieren müsse. Darüber hinaus, weil er sich auf eine bestimmte soziale Bewegung stützen könne – seine vor allem kleinbürgerliche Massenbasis und ihre faschistische Ideologie.

Poulantzas spricht denn auch von der „entscheidenden Rolle, die in solchen historisch bestimmten Umständen der Ideologie zukommt“.⁷⁸ Die faschistische Ideologie bestehe im Wesentlichen aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elementen, denen es allmählich gelinge, die Ideologie der Arbeiterklasse „zu durchtränken“.⁷⁹ Die kleinbürgerliche Ideologie, der Poulantzas die stärkste Bedeutung zumisst, sei ein spezielles Phänomen, da es im Kapitalismus eigentlich „nur die Ideologien der beiden Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat“ gebe, „die politisch absolut gegensätzlich sind“.⁸⁰ Bereits hier schließt er ökonomische Klassenlage und bestimmte Formen des politischen Bewusstseins kurz, ohne diesen Schritt zu rechtfertigen oder die Transformation von gegensätzlichen *ökonomischen* Interessen auf der Grundlage des Verhältnisses Lohnarbeit-Kapital in „unversöhnlich[e]“ „politische[.] Klassenstandpunkt[e]“⁸¹ anzugeben. Die Diagnose eines Kurzschlusses von

⁶⁹ Dimitroff 1976, S. 97.

⁷⁰ Vgl. Poulantzas 1973, S. 86, 157.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 71f.

⁷² Vgl. ebd., S. 50, 82f.

⁷³ Die von Poulantzas verwendete Unterscheidung von Großkapital und mittlerem Kapital (vgl. ebd., S. 95) trifft die inneren Spannungen der kapitalistischen Klassenfraktionen am Vorabend des Dritten Reichs nicht wirklich (vgl. Sablowski 2006, S. 270f.; Hoffmann 1996, S. 376-381).

⁷⁴ Poulantzas 1973, S. 106.

⁷⁵ Vgl. ebd., S. 74, 106, 132.

⁷⁶ Ebd., S. 355.

⁷⁷ Ebd., S. 87.

⁷⁸ Ebd., S. 76.

⁷⁹ Ebd., S. 77.

⁸⁰ Ebd., S. 256.

⁸¹ Ebd., S. 259, 255.

positionellen und ethischen Interessen ist hier naheliegend.⁸² Das kleinbürgerliche ideologische „Subsystem“ entstehe durch die „Vermischung“ der proletarischen und „bürgerlichen Ideologie mit den spezifischen kleinbürgerlichen Wunschvorstellungen“.⁸³ Furcht vor der Proletarisierung und Festhalten am kleinen Eigentum einerseits, Furcht vor der Konkurrenz durch das Großbürgertum und Existenz als unmittelbar Arbeitende andererseits sollen beim alten Kleinbürgertum folgende ideologische Auswirkungen zeitigen: 1) privateigentumszentrierter, am status quo festhaltender ‚Antikapitalismus‘ (Opposition gegen ‚Plutokratie‘ und Monopole); 2) Elitedenken und Mythos des leistungsorientierten individuellen Aufstiegs; 3) ‚Fetischismus der Macht‘⁸⁴ als Glaube an den klassenneutralen, starken Staat und 4) ‚Mittelstandsideologie‘. Beim neuen Kleinbürgertum stehen die Bildungsreligion, die starke Identifizierung mit den Spitzen des Staates und die Idee der neutralen, allein Sachzwängen folgenden Bürokratie im Vordergrund.⁸⁵ Nun soll auch noch die Ideologie des *Kleinbürgertums* in eine Krise geraten, was dazu führe, dass insbesondere der „systemimmanente[.]“⁸⁶ Pseudoantikapitalismus vorherrschend werde. Die zur Ideologie des „*rebellierenden Kleinbürgertums*“⁸⁷ modifizierte Ideologie sei im Faschismus damit *prima facie* zur herrschenden Ideologie geworden und weise starke Übereinstimmungen mit der „imperialistischen Ideologie“ auf: „Von der Fetischisierung der Macht der [sic!] ‚starken Staats‘ und von aggressivem und zum Selbstzweck gewordenen Nationalismus bis hin zur mythischen Überhöhung des Staatsgedankens und zum Führerkult, von Antiparlamentarismus bis hin zum Korporativismus und Autoritarismus erstreckt sich der Bogen“ ihrer „gemeinsamen Züge“.⁸⁸

In das Proletariat dringe die kleinbürgerliche Ideologie vor allem in Gestalt des chauvinistischen, spontaneistischen und gewaltverherrlichenden Pseudoantikapitalismus ein,⁸⁹ der ein wesentliches Element der „ideologische[n] Integrationsfunktion“⁹⁰ des Faschismus

⁸² Ich folge hier Schuck 2014. Er unterscheidet *subjektive* von *positionellen* und diese wiederum von *ethischen* Interessen. Während *subjektive* Interessen individuelle Präferenzen sind, die in der Psyche von Akteuren lokalisiert sind, sind *positionelle* Interessen insofern objektiv, als sie institutionalisierte Verhaltenserwartungen oder strukturelle Zwänge bezeichnen (S. 308), die sich relativ unabhängig von den Deutungsleistungen der Akteure konstituieren und die sich Akteure bei der Verfolgung subjektiver Interessen zu eigen machen müssen, ohne dass sie diese (die positionellen Interessen) bejahen müssen. „Positionelle Interessen“, so Schuck, „unterwerfen die Möglichkeit eines guten Lebens – und nicht selten auch die des nackten *Überlebens* – soziostrukturell bedingten Zwecken.“ (S. 317) Sie bezeugen die „Existenz eines kausalen Einflusses materieller Verhältnisse auf die Bestrebungen und Handlungspräferenzen“ von Akteuren (S. 300) und zeigen, dass Interessen nicht „voraussetzungslos produziert [werden] – als gäbe es keine sozialen Bedingungen, sondern nur ‚pure‘ soziale Praxis, die jederzeit ihre eigenen Motive gleich mitliefert.“ (S. 314). *Ethische* Interessen hingegen bezeichnen Motive eines guten Lebens, die im Falle eines sozialistischen ethischen Interesses lediglich kontingent mit dem positionellen Interesse als Lohnarbeiter verknüpft sind. Man kann zwar behaupten, die Arbeiterklasse als ganze könne sich nur von Ausbeutung emanzipieren, wenn sie den Sozialismus realisiert, aber dass der einzelne Lohnarbeiter durch seine positionellen Interessen gezwungen wäre, diesen Standpunkt der Arbeiterklasse als ganzer einzunehmen, ist nicht plausibel. Poulantzas‘ Bestimmung objektiver Interessen bleibt dagegen kryptisch: Er betrachtet die Macht einer Klasse als die „Fähigkeit [...] ihre objektiven Interessen durchzusetzen“ (Poulantzas 1974, S. 114). Diese „objektiven Interessen“ begreift er als „Grenzen des Umfangs einer spezifischen Klassenpraxis“ (S. 114). Es ist zu vermuten, dass hiermit die strukturelle Begrenzung von Handlungs- und Interpretationsspielräumen durch die ökonomische Position gemeint ist. Die objektiven Interessen können sich aber, so Poulantzas weiter, „infolge der Einwirkung der Ideologie“ durchaus „unterscheiden [...] von der *Vorstellung*, die sich die Agenten oder sogar die Klassen von diesen Interessen machen“ (S. 115).

⁸³ Poulantzas 1973, S. 256.

⁸⁴ Ebd., S. 257.

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 258.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 268.

⁸⁷ Ebd., S. 269.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 151f., 216.

⁹⁰ Ebd., S. 174.

darstelle. Der faschistische „Kampf gegen die liberale Ideologie“ beinhalte „einen ‚antikapitalistischen‘ – keineswegs jedoch sozialistischen – Aspekt“. Erwähnt werden „Versöhnungsversuche zwischen den nationalistischen Traditionen und Elementen der Ideologie der Arbeiterklasse“, die sich „in Angriffen auf die ‚Plutokratie‘“,⁹¹ Ideen einer Nationalisierung von Aktiengesellschaften und der antiimperialistischen These eines von den Alliierten kolonisierten Deutschland zeigen sollen. Der Nationalismus ist und bleibt aber für Poulantzas eine ‚nichtproletarische‘ ideologische Tradition, die als Ideologie des „rebellierende[n] Kleinbürgertum[s]“⁹² in die Arbeiterklasse eindringt. Ein wesentliches Moment der ‚ideologischen Krise‘ der Arbeiterklasse sei demnach die „sozialchauvinistische[.] Schwenkung“ der KPD vor allem im Zuge der Schlageter-Kampagne 1923, die „die Agitation gegen den *Frieden von Versailles* in ganz offen *nationalistischer* Weise für sich zu benutzen versuchte, um die ‚nationalistischen Kleinbürger‘ für sich zu gewinnen“. Durch diese „Ausnutzung des ‚Nationalismus‘ des Kleinbürgertums“⁹³ habe die „Position der KPD, die sich in mehreren Punkten mit der des Nationalsozialismus deckte, die deutschen Massen“ in „Verwirrung“⁹⁴ gestürzt.

2.2. Laclaus Konzept des popular-demokratischen Klassenkampfes

Poulantzas‘ Ideologiekonzeption begreift Laclau zufolge die ideologische Krise, die zum Faschismus führt, richtig als „Verdichtung“ bestimmter diskursiver Elemente zum „Bruch“⁹⁵ mit einer bisher dominierenden Ideologie. Er analysiere Ideologien, indem er „sie in ihre konstituierenden *Elemente* entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit“⁹⁶ zerlege. Konkrete historische Ideologien wie die des Faschismus seien demnach „eine Verschmelzung heterogener Elemente“, „wobei [...] jedes Element seine Klassenzugehörigkeit hat“⁹⁷ und behält: Der Nationalismus oder der putschistische Aktivismus seien kleinbürgerliche Elemente, die in den proletarischen Diskurs eingespeist werden, ohne ihre Klassenzugehörigkeit zu wechseln, und widersprechen damit den Interessen des Proletariats. Nationalismus sei für Poulantzas damit (klein-)bürgerlicher Chauvinismus und könne „nicht in eine sozialistische Richtung transformiert werden“. Poulantzas‘ Zuordnung dieses Elements zu einer Klassenposition sei aber „ein rein willkürlicher Prozeß“.⁹⁸ Dagegen postuliert Laclau, „daß ideologische ‚Elemente‘, isoliert betrachtet, keine notwendige Klassen-Konnotation haben, und daß diese Konnotation erst das Resultat der Artikulation dieser Elemente in einen konkreten ideologischen Diskurs ist. Die Analyse des Klassencharakters einer Ideologie setzt daher voraus, zu untersuchen, was die spezifische Einheit eines ideologischen Diskurses begründet.“⁹⁹

Laclau führt an dieser Stelle die ideologischen Elemente Militarismus, Nationalismus und Antisemitismus an. Ich konzentriere mich zunächst auf den letzteren. Antisemitismus könne verschiedenste Klassenkonnotationen annehmen, in der frühen Neuzeit z.B. als „charakteristisches ideologisches Merkmal“ des gegen das pro-zaristische „hebräische Wucherkapital“¹⁰⁰ kämpfenden liberalen polnischen Bürgertums, oder als „Element der Ideologien bestimmter Volksschichten, wegen der Ausbeuterrolle des Wucherkapitals in den Nischen der feudalen Gesellschaft“.¹⁰¹ Zu Recht stellt Laclau fest, dass der Antisemitismus

⁹¹ Ebd., S. 110.

⁹² Ebd., S. 202.

⁹³ Ebd., S. 179.

⁹⁴ Ebd., S. 197.

⁹⁵ Laclau 1981, S. 82.

⁹⁶ Ebd., S. 83.

⁹⁷ Ebd., S. 84.

⁹⁸ Ebd., S. 86.

⁹⁹ Ebd., S. 87.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd., vgl. auch S. 190.

von unterschiedlichen Klassen artikuliert werden kann, was Poulantzas allerdings gar nicht leugnen würde. Die Differenz zwischen beiden besteht in Laclaus Annahme, dass damit kein *klassenfremdes* Element in den Klassendiskurs eindringt, sondern dieses Element seinen Klassencharakter *ändern* kann. Zwei strikt zu trennende Fragen tauchen dabei auf, die allerdings bei Poulantzas und Laclau durch ihre unreflektierte Gleichsetzung von ‚proletarischen‘ und ‚sozialistischen‘ Positionen¹⁰² konsequent vermischt werden: 1) Zunächst muss die Frage gestellt werden, ob und inwiefern ein ideologisches Element durch seine spezifische diskursive Verknüpfung den *positionellen ökonomischen Interessen* von Klassenindividuen dienen kann. Nur dann ergibt die Rede von einem „charakteristische[n] Merkmal“ der jeweiligen *Klassenideologie* Sinn. Es muss mehr heißen als ‚faktisch von bestimmten Individuen vertreten, die zufällig einer bestimmten Klasse angehören‘. 2) Strikt davon zu trennen ist die Frage, ob dieses Element darüber hinaus durch seine Verknüpfung auch ‚progressive‘ oder *emanzipatorische* Funktionen erfüllen kann, weil schlicht nicht davon ausgegangen werden darf, dass die Verfolgung positioneller Interessen im Kapitalismus per se emanzipatorisch sein muss – im Gegenteil. Beides – also ökonomisch funktionales und progressives Moment sein zu können – bejaht Laclau im Falle des Antisemitismus in spezifischen historischen Konstellationen und offenbart damit ein hochproblematisches Verständnis von Antisemitismus, das sich im Falle des Nationalismus, auf den ich noch zurückkommen werde, wiederholen wird: Laclau identifiziert nämlich in seinen Ausführungen „Juden“ und „Wucherkapital“, sonst erschiene es ihm kaum evident, dass sich der Hass gegen die Bankiers der Monarchie oder die Konsumkreditgeber des Feudalismus ausschließlich gegen *jüdische* Bankiers und Kreditgeber richtete. Laclau argumentiert zumindest korrespondenztheoretisch, wenn er dem Antisemitismus einen ökonomisch oder politisch rationalen Grund unterstellt, der sich am realen wirtschaftlichen Handeln der Juden als abgetrennter Gruppe orientiere.¹⁰³ Er kann dabei nicht erklären, warum der Hass sich unterschiedslos gegen alle Juden richtete, warum z.B. von einer Minderheit reicher jüdischer Kreditgeber auf alle – in Feudalismus und früher Neuzeit meist verarmten¹⁰⁴ – Juden geschlossen wurde und warum nichtjüdische Bankiers und ‚Wucherer‘ vom Ressentiment des ‚Volkes‘ verschont blieben. Bereits hier erscheint eine durchweg regressive ideologische Haltung als mehr oder weniger aufgeklärte Interessenartikulation – ein Vorgang, der sich in Laclaus Einschätzung der Schlageter-Kampagne der KPD in der Weimarer Republik wiederholen wird.

Zunächst aber zur abstrakteren theoretischen Fassung der *Einheit* von ideologischen Diskursen: Dieses Einheitsprinzip besteht, so Laclau in Anknüpfung an Althusser, im Subjekt-Effekt der Anrufung, also der Hervorbringung eines sich bestimmten Verhaltenserwartungen unterwerfenden und sich mit ihnen identifizierenden Handlungsträgers (z.B.: ‚ich bin ein deutscher Arbeiter‘). Die Verbindung von ideologischen Elementen wie Nationalismus oder Klassenidentität in ideologischen Diskursen wie dem Faschismus oder dem Leninismus werde dabei nicht durch die logische Konsistenz der Elemente ermöglicht – sie sei sogar „mit einem großen Ausmaß an logischer Inkonsistenz“

¹⁰² Laclau beharrt orthodox darauf, der Marxismus-Leninismus sei „ein Element in der Ideologie der Arbeiterklasse“ (Laclau 1981, S. 95). Wie dieses Element mit der Arbeiterklasse verbunden ist, bleibt aber unklar. Eine Differenzierung zwischen ökonomischen Interessen und politisch-ethischen Haltungen des Proletariats unterbleibt in seinen frühen Schriften, die genauso wie Poulantzas durchgängig ‚proletarisch‘ mit ‚sozialistisch‘ vermischen. Insofern ist die spätere postmarxistische Ablehnung der ökonomistischen Suche nach einer „Kategorie von Arbeitern [...], deren *ökonomische* Interessen sie direkt mit einer sozialistischen Perspektive verbinden“ (Laclau/Mouffe 2000, S. 121), eine implizite Selbstkritik. Dass solche Kritiken aber (von den Beiträgen der Frankfurter Schule in den 1930ern mal ganz abgesehen) bereits in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik formuliert wurden ohne gleich das, wie es bei Stäheli (2001, S. 194) nonchalant heißt, „Ende der Klassentheorie“ zu proklamieren, wird im Diskurs der radikalen Demokratie leider ignoriert.

¹⁰³ Zur Kritik korrespondenztheoretischer Antisemitismusauffassungen vgl. Holz 2010, S. 62-77.

¹⁰⁴ Vgl. Berding 1988, S. 15-20.

vereinbar –, sondern durch ihre „Fähigkeit [...], Verdichtungen mit den anderen Elementen herzustellen“. ¹⁰⁵ Diese Stelle bleibt kryptisch, denn über die Bestimmung dieser „Fähigkeit“ der Elemente schweigt sich Laclau aus. Auch ein Blick auf das Freudsche Konzept der Verdichtung macht den Gedanken kaum klarer. Freud unterscheidet den durch Zensur seitens der Ich-Instanz konstituierten manifesten, erlebten Trauminhalt vom latenten, unbewussten Traumgehalt und konstatiert einen geringeren Inhalt des manifesten im Vergleich zum latenten. Verdichtung in Gestalt von selektiver Berücksichtigung latenter in manifesten Gehalten und Konstitution eines manifesten Gehalts, der als Mischform für mehrere latente steht, ist einer der Mechanismen, die eine solche Gehaltreduzierung bewirken. Im Traum taucht also z.B. eine Person auf, die selektive Züge mehrerer Personen trägt, die sie symbolisiert. ¹⁰⁶ Das Prinzip der Assoziation, das dabei waltet, sagt nun aber nichts über Kriterien aus, nach denen assoziiert wird, was aber in unserem Zusammenhang von Interesse wäre, da Laclau ja „Fähigkeit[en]“ konstatiert, die Elemente für eine Assoziation, also Verknüpfung, tauglich machen. Folgt man David Hume, so „gibt es nur drei Prinzipien der Vorstellungsverknüpfung, nämlich *Ähnlichkeit*, *Berührung* in Zeit und Raum und *Ursache* und *Wirkung*.“ ¹⁰⁷ Solche Verknüpfungen wiederum beruhen Hume zufolge auf unwillkürlichen Vorstellungsintensitäten, Wiederholung bestimmter Vorstellungen und Gewohnheit. ¹⁰⁸ Allerdings ist an dieser Stelle nicht entscheidbar, welchem Assoziationsbegriff Laclau folgt. In seinem späteren Werk wird er die Assoziation von Elementen als rein diskursive Konstruktion von „Äquivalenzkette[n]“ ¹⁰⁹ analysieren. Laclaus postmarxistischer Ansatz impliziert aber eine veränderte Sozialontologie, die in den hier zu behandelnden Texten noch nicht zu erkennen ist.

In der Phase relativer Stabilität ideologischer Diskurse gelinge die Neutralisierung von sozialen Widersprüchen durch „*Verschiebungen*“. ¹¹⁰ Auch dieser Freud entlehnte Begriff bleibt unterbestimmt. Bei Freud bedeutet er die Entstellung latenter Traumgedanken durch manifeste in Folge einer „Akzentverschiebung“. ¹¹¹ So werde aus dem latenten Gedanken ‚ich habe zu früh geheiratet, es hätte noch viele andere Partner gegeben‘ der manifeste Gehalt ‚ich habe zu früh Theaterkarten gekauft und Vorverkaufsgebühr bezahlt, es sind aber noch viele Plätze frei‘. Man kann sich ungefähr vorstellen, dass, auf die gesellschaftliche Ebene übertragen, Verschiebung meinen könnte, ökonomische Interessenkonflikte zwischen den Klassen auf andere Ebenen zu transponieren, z.B. auf einen vermeintlichen Konflikt zwischen den Generationen bei der Frage der Finanzierung des Sozialstaats. In Krisenzeiten, so Laclau, löse sich die Einheit eines ideologischen Diskurses auf, was zugleich eine „Identitätskrise“ ¹¹² der Subjekte bewirke. Eine Krisenlösung könne durch Umgruppierung der Anrufungen bewerkstelligt werden – eine neue dominante Anrufung strukturiere dann den Zusammenhang. Die ideologische Ebene der Krisenlösung wird Laclau zufolge umso wichtiger, je weniger bedeutsam eine Klasse für die „dominierenden Produktionsverhältnisse[.]“ ist, „je diffuser ihre ‚objektiven Interessen‘“ ¹¹³ sind und je bedeutsamer sie innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsformation ist, was auf die Rolle des Kleinbürgertums im Faschismus verweist.

Laclau geht nun davon aus, dass im Zuge des Klassenkampfes ideologische Diskurse durch die spezifische Artikulation von ideologischen Elementen transformiert werden. Er konstatiert

¹⁰⁵ Ebd., S. 90.

¹⁰⁶ Vgl. Freud 1995, S. 163.

¹⁰⁷ Hume 2005, S. 25.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., S. 63.

¹⁰⁹ Laclau 1981, S. 181.

¹¹⁰ Ebd., S. 90.

¹¹¹ Freud 1995, S. 134.

¹¹² Laclau 1981, S. 90.

¹¹³ Ebd., S. 91.

eine „doppelte Artikulation des politischen Diskurses“¹¹⁴ – als *Klassendiskurs*, der die Form des Gesamtdiskurses bestimmt, und als *Volksdiskurs*, als klassenunspezifisches, in seiner Bedeutung niemals endgültig fixierbares, von Klassendiskursen spezifisch geformtes Material.

Zunächst zum Klassenkampf und Klassendiskurs „auf der Ebene der Produktionsweise“: Das „Produktionsverhältnis, das seine beiden Pole als Klassen konstituiert“, sei hier „ein antagonistisches Verhältnis“.¹¹⁵ Die „Stellung im Produktionsprozeß“¹¹⁶ „konstituiert [...] zugleich das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern und den Antagonismus zwischen ihnen“.¹¹⁷ Laclau scheint einen *polarischen* Gegensatz anzuvisieren, also einen, in dem die Pole des Gegensatzes nur durch den und in dem Gegensatz existieren – „wir können den Begriff Arbeiter [meint: Lohnarbeiter, I.E.] nicht denken, ohne an den komplementären Begriff des Kapitalisten zu denken“.¹¹⁸ *Antagonistisch* ist diese Beziehung u.a., weil die strukturell bedingten Interessen der Nichteigentümer an Produktionsmitteln an einem möglichst hohen Lohn (v) und der Produktionsmitteleigentümer an einer möglichst hohen Mehrwertanteile (m/v) sich strikt widersprechen und ein Nullsummenspiel zwischen Lohn- und Mehrwertanteil implizieren. Der ideologische Diskurs rufe hier die Individuen als Klassensubjekte an.¹¹⁹

Vom Klassenkampf unterscheidet Laclau die „*Klassen im Kampf*“¹²⁰ auf der „Ebene einer konkreten Gesellschaftsformation“.¹²¹ Hier sei die Stellung der Klassen im Produktionsprozess ihrem Antagonismus „relativ äußerlich“. Es handelt sich damit nicht um einen Klassenantagonismus im Sinne eines polarischen Gegensatzes, da beide Klassen nicht erst im Entgegenstehen zueinander existieren – „die Konfrontation ist ihrem Wesen relativ äußerlich“,¹²² wie im Falle von Kapitalisten und Kleinbürgern. Die Beherrschten „verstehen“ sich hier nicht als Klasse, sondern als „die Anderen“, „als ‚*Unterdrückte*‘“ im Verhältnis zum „herrschenden Machtblock“. Ideologie bedeutet hier die Anrufung der Individuen als „*Volk*“, weshalb Laclau auch von der „Sphäre des *popular-demokratischen Kampfes*“ spricht. Dieser Kampf sei nur durch Berücksichtigung der „politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse“ zu begreifen und finde „nur auf der ideologischen und politischen Ebene statt“, denn „das Volk existiert auf der Ebene der Produktionsverhältnisse [...] nicht“.¹²³ Es dominiert der Widerspruch zwischen Volk und Machtblock.

Laclau wehrt sich dabei gegen ‚klassenreduktionistische‘ Deutungen des Volksbegriffs als bloßes Klassenbündnis im Sinne einer Schnittmenge voneinander klar unterscheidbarer Klasseninteressen oder im Sinne bloßer „Rhetorik oder Propaganda“:¹²⁴ „deutsche“, ‚italienische‘, ‚englische Arbeiterklasse“ seien „nicht reduzierbare Besonderheit[en]“.¹²⁵ „Das Spezifische des ideologischen Klassenkampfes“¹²⁶ bestehe im Kampf um Identifizierung von Klassenprojekt und Volkssubjekt. „Jede Klasse“, meint Laclau, „kämpft auf ideologischem Gebiet *gleichzeitig* als Klasse und Volk“, d.h. sie „sucht ihren ideologischen Diskurs kohärent

¹¹⁴ Ebd., S. 171.

¹¹⁵ Ebd., S. 91.

¹¹⁶ Ebd., S. 93.

¹¹⁷ Ebd., S. 91.

¹¹⁸ Ebd., S. 92.

¹¹⁹ Bei Laclau bleibt unklar, ob es sich bei dem Subjekt-Effekt um Identitätsbewusstsein, Konfliktbewusstsein oder gar revolutionäres Klassenbewusstsein handelt. Zur Differenzierung dieser Momente vgl. *Giddens* 1984, S. 137.

¹²⁰ *Laclau* 1981, S. 93.

¹²¹ Ebd., S. 92.

¹²² Ebd., S. 93.

¹²³ Ebd., S. 93f.

¹²⁴ Ebd., S. 93.

¹²⁵ Ebd., S. 95. Deutlicher wird das im postmarxistischen Werk betont: Durch die Artikulation in populären Diskursen verändere sich die Identität von Klassensubjekten, vgl. *Laclau/Mouffe* 2000, S. 227f.

¹²⁶ *Laclau* 1981, S. 171.

zu machen, indem sie ihre Klassenziele als Erfüllung populärer Ziele *hinstellt*.¹²⁷ Ähnliche Formulierungen finden sich immer wieder in diesem Zusammenhang: Der Antikapitalismus soll sich als Höhepunkt nationaler Traditionen und Kämpfe „präsentieren“ oder „dar[.]stellen“.¹²⁸ Das klingt nach einem ‚so tun, als ob‘. Die proletarische Ideologie müsse jedenfalls „alle [!] nationalen Traditionen [...] absorbieren“,¹²⁹ „eine vollständige [!] Identität von popularem und sozialistischem Kampf“,¹³⁰ eine „ideologische Verschmelzung von Nationalismus, Sozialismus und Demokratie“¹³¹ bewirken.

Bevor ich auf die inhaltliche Problematik dieses Ansatzes zu sprechen komme, müssen weitere begriffliche Differenzierungen erörtert werden. Es dürfe nämlich die popular-demokratische Anrufung nicht mit dem Populismus verwechselt werden. *Popular-demokratische* Anrufungen der Klassen als ‚Volk‘ könnten nämlich alle Akteure im politischen Klassenkampf betreiben, auch der Block an der Macht. Dieser errichte seine Hegemonie durch Verwandlung potentieller Antagonismen zwischen Volk und Machtblock in bloße Differenzen: „Die Hegemonie einer Klasse“, erläutert Laclau, „beruht nicht so sehr darauf, daß sie fähig ist, der übrigen Gesellschaft eine einheitliche Weltsicht aufzuzwingen, sondern darin, daß sie verschiedene Weltsichten in einer Weise artikulieren kann, die deren potentiellen Antagonismus neutralisiert.“¹³² Die Spezifik des *Populismus* dagegen sei dort zu verorten, „wo popular-demokratische Elemente als antagonistische Option gegen die Ideologie des herrschenden Blocks präsentiert werden.“¹³³ Es seien dabei zwei Formen des Populismus zu unterscheiden, der der herrschenden und der der beherrschten Klassen. Im ersten Fall genüge es, „daß eine Klasse [...] zur Behauptung ihrer Hegemonie eine grundlegende Veränderung im Machtblock braucht, um eine populistische Entwicklung zu ermöglichen.“ Dies sei „im Nazismus der Fall“ gewesen.¹³⁴ Hier hätten die bisherigen Verschiebungs- und Neutralisierungsmechanismen gesellschaftlicher Widersprüche versagt und die Etablierung der ‚monopolkapitalistischen Hegemonie‘ sei nur durch Änderung der Staatsform möglich gewesen, in deren Gefolge Fraktionen der herrschenden Klassen populistisch einen Antagonismus Volk/alter Machtblock aufgemacht hätten. Die „Lähmung des herrschenden Blocks“¹³⁵ führte zu einer radikalen, aber systemkonformen Bewegung, die die Verbindung Volk-Proletariat desartikulierte, indem sie das Volk als „Rasse“ angerufen habe und „[a]lle anti- plutokratischen, nationalistischen und demokratischen Aspekte“¹³⁶ um dieses Subjekt herum gruppierte. Der Faschismus schließt durch Artikulation von Klassenverhältnissen als bloßen Differenzen von ‚Arbeitern der Stirn‘ und ‚Arbeitern der Faust‘ den Klassenkampf ideologisch aus und lässt klassenspezifische Interessen nur noch in Form des Korporatismus zu. „Für die Beherrschten“ dagegen bestehe „der ideologische Kampf in einer Ausdehnung des in den demokratischen Anrufungen enthaltenen Antagonismus und in seiner Artikulation mit ihren eigenen Klassendiskursen“.¹³⁷ Populistische Diskurse haben demnach Elemente, die keine konkreten Klassenkonnotationen haben, sind aber immer in „Klassendiskurse“¹³⁸ eingebaut. Der „Jakobinismus“ als „reine[.] Form“ der Opposition „System“-„Volk“¹³⁹ sei nur als vorübergehende Phase des

¹²⁷ Ebd., S. 94f. Herv. von mir.

¹²⁸ Ebd., S. 101, 111.

¹²⁹ Ebd., S. 101.

¹³⁰ Ebd., S. 104.

¹³¹ Ebd., S. 114.

¹³² Ebd., S. 141.

¹³³ Ebd., S. 151.

¹³⁴ Ebd., S. 151f.

¹³⁵ Ebd., S. 102.

¹³⁶ Ebd., S. 104.

¹³⁷ Ebd., S. 152.

¹³⁸ Ebd., S. 153.

¹³⁹ Ebd., S. 100.

ideologischen Kampfes möglich. Die Unterscheidung Volk-Machtblock ist für Laclau daher einerseits irreduzibel, muss aber nichtreduktionistisch mit Klassendiskursen verbunden werden, andernfalls sei sie tatsächlich, wie Poulantzas fälschlicherweise dem Populismus insgesamt unterstelle, kleinbürgerliche Ideologie, in der die Idee vorherrsche, der Kampf gegen den Machtblock „*könne als ausschließlich demokratischer Kampf jenseits der Klassen geführt werden*“.¹⁴⁰ Der Entstehungskontext populistischer Bewegungen und Ideologien ist damit eine Hegemoniekrise des herrschenden Blocks, die sich in Gestalt eines rechten Populismus (Bruch im Machtblock und Umgruppierung desselben zugunsten der herrschenden Klassen) und/oder eines linken Populismus (als Aufbrechen der Antagonismen zwischen Herrschenden und Beherrschten überhaupt) äußern könne. Dieses „*zentrale Feld des ideologischen Klassenkampfes*“¹⁴¹ wird von Laclau mit dem Kleinbürgertum in Verbindung gebracht. Weil es nicht im Verhältnis eines polarischen Gegensatzes zur Bourgeoisie stehe, sei sein Antagonismus zum Machtblock nicht ökonomisch bedingt, sondern – als ‚Klasse im Kampf‘ – lediglich „auf der Ebene der politischen und ideologischen Verhältnisse situiert“. Es weise „fast ausschließlich eine ‚Volks‘-Identität“ auf, womit die „Mittelklassen das natürliche Terrain“¹⁴² des popular-demokratischen Kampfes bilden.

Auch wenn oben unklar blieb, was das nichtreduzierbare Moment populärer Anrufungen sein soll, und die Reklamation des Volkes seitens einer Klasse damit in die Nähe eines manipulativen ‚Als ob‘ rückte, unterstellt Laclau dann schließlich doch, der Nationalismus habe einen „allgemeine[n] Bedeutungskern[.]“ – den er uns aber leider verschweigt –, dieser könne aber „konnotativ mit verschiedenen ideologisch-artikulatorischen Bereichen verknüpft“¹⁴³ sein. Zudem gebe es in jeder nationalen Tradition von Sozialisten reklamierbare semantische *Gehalte*: Die Anrufung Volk/Nation bleibe „in der Tiefe des populären Bewußtseins [...] möglicher Ursprung für eine Radikalisierung“.¹⁴⁴ Er proklamiert in diesem Zusammenhang eine relative Dauerhaftigkeit von „Volkstraditionen“ und deren Bedeutungsüberschuss gegenüber Klassenstrukturen: Dort werde der „Widerspruch ‚Volk‘/Machtblock im Unterschied zu einem Klassenwiderspruch“ ausgedrückt, worin sich „die ideologische Kristallisation von Widerstand gegen Unterdrückung überhaupt, d.h. *gegen die Form des Staates als solche*“¹⁴⁵ zeige. Es soll hier nicht geleugnet werden, dass kommunistische und proletarische Forderungen nicht notwendig verknüpft sind, oder dass in vorkapitalistischen Bewegungen vereinzelte Momente herrschaftskritischen Denkens auftauchen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die systematische Verknüpfung ‚Herrschaftskritik-Volkstradition‘ korrekt ist oder ob sie nicht eher ein problematisches Verständnis von emanzipatorischer Politik offenbart. Denn Volkstraditionen müssen keineswegs immer im Gegensatz zu einem „Machtblock“ artikuliert werden, was Laclau selbst feststellt. Er hält das aber offenbar für eine Neutralisierung ‚eigentlich‘ antagonistischer Elemente in diesen Traditionen, da er diese Traditionen mit einer Bedeutung auflädt, die sie selten hatten und haben – nämlich Signum von *Herrschaftskritik schlechthin* zu sein. Dabei ist sein Schluss von „Unterdrückung überhaupt“ zum „Staat“ ein Kurzschluss, auch für Volkstraditionen, weil diese keineswegs prinzipiell staatskritische Positionen artikulieren müssen und die Opposition gegen einen bestimmten „Machtblock“ oder selbst gegen den Staat als solchen keineswegs identisch mit Kritik an *Unterdrückung überhaupt* sein muss. Schließlich werden in der Regel z.B. patriarchale, vorrechtlich-,sittliche‘, feudale, anarchokapitalistische, antisemitische und faschistische Herrschaftsverhältnisse im Rahmen einer Volkstradition artikuliert. Rackets, völkische Partisanen, besitzindividualistische

¹⁴⁰ Ebd., S. 101.

¹⁴¹ Ebd., S. 94.

¹⁴² Ebd., S. 99.

¹⁴³ Ebd., S. 140.

¹⁴⁴ Ebd., S. 101.

¹⁴⁵ Ebd., S. 146.

Steuerverweigerer, faschistische Bewegungen und islamistische Mobs sind aber keine herrschaftskritischen Akteure.¹⁴⁶ Laclau ordnet den Elementen des Populismus also essentialistisch ein „revolutionäres Potential“ zu. Ansonsten wäre es unverständlich, dass er die obigen Ausführungen zum herrschaftskritischen Gehalt der Volkstraditionen macht und dass er unterstellt, der NS-Populismus habe das „revolutionäre[.] Potential“ der populardemokratischen Anrufungen von seinen „wahren Ziele[n]“ abgelenkt: „Der Nazismus war eine populistische Erfahrung, der [sic!], wie jeder Populismus der herrschenden Klasse, an eine Reihe von ideologischen Verzerrungen – z.B. den Rassismus – appellieren mußte, um zu verhindern, daß das revolutionäre Potential populärer Anrufungen auf sein wahres Ziel [!] umorientiert wurde.“¹⁴⁷ Ohne die Prämisse einer ‚eigentlich‘ revolutionären Stoßrichtung populärer Elemente, die nur verzerrt wurden oder auf halbem Wege stehen blieben, könnte Laclau auch nicht behaupten, nur der Sozialismus könne das antagonistische Potential des Gegensatzes Volk/Machtblock voll entfalten.¹⁴⁸ Was aber, wenn ein solches Potential fehlt und die populären Elemente repressiv sind?

Es wird aber noch problematischer. Nicht nur essentialisiert Laclau die vermeintlich antagonistischen Potentiale der Volkstraditionen, er überträgt auch Erfahrungen mit der national-populären Anrufung in kolonialen Kontexten auf die kapitalistischen Metropolen. Charakteristisch dafür ist seine positive Einschätzung der Politik der KPD in der Weimarer Republik, in der Laclau zutreffend eine „nationalistische Agitation gegen den Versailler Vertrag“¹⁴⁹ entdeckt. Die nationalistische Linie der KPD taucht vor allem im Jahr 1923 im Zuge der sog. ‚Schlageter-Kampagne‘, des Kampfes gegen die französische Ruhrbesetzung und der teilweisen Zusammenarbeit der KPD mit völkischen Gruppen, und von 1930-1932 im Kontext der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ auf. Es finden sich hier massive nationalistische und antisemitische Hetzschriften und -reden auf Seiten der KPD, die bisweilen in direkte Mord- und Pogromaufrufe gegen Industrielle und Juden münden. Dabei konstruiert die KPD die „Äquivalenzkette“¹⁵⁰ Proletariat = werktätige Massen = antikapitalistisches Kleinbürgertum = mittleres Kapital = Volk = „nationale Würde“ = ausgebeutete deutsche Nation vs. „jüdisches“ und nichtjüdisches „Großkapital“ = „internationales Ausbeutergesindel“ = fremdvölkische „Parasiten“ = „Feinde der Völker“.¹⁵¹ Folgende Annahmen veranlassen Laclau dazu, diesen Kurs zu affirmieren: 1) Er glaubt, die „anti-plutokratische“ und ‚jakobinische‘ Tradition in der NSDAP „hätten leicht zu einem wirksamen Antikapitalismus werden können“.¹⁵² Die antisemitische Ideologie des Kampfes gegen das ‚jüdische‘ bzw. ‚raffende‘ Finanzkapital wird von ihm als ein auf halbem Wege stehenbleibender Antikapitalismus begriffen, nicht als prinzipiell regressive und herrschaftsaffirmative Ideologie. 2) Wenn die genannten „anti-plutokratischen“ und nationalistischen Elemente als progressiv besetzbar gelten, dann sind es weder emanzipationsfeindliche Haltungen der faschistischen Akteure noch die semantischen Gehalte ihrer Ideologie und bestimmte Klasseninteressen, die Hitler groß werden ließen, sondern es ist der fehlende „Wille zur Hegemonie“¹⁵³ seitens der Arbeiterklasse. 3) Daher, so Laclaus Folgerung, hätte die KPD die „Schlageter-Linie [...] vertiefen“ und „für eine nationale

¹⁴⁶ Wenn Laclau die „Abschaffung des Staates als ‚dem Volk‘ antagonistisch entgegenstehender Kraft“ (ebd., S. 173) als „höchste Form des ‚Populismus‘“ begreift, so ist das zumindest eine Unterbestimmung von Herrschaftskritik und lässt faschistischen Positionen eine offene Flanke.

¹⁴⁷ Ebd., S. 152 sowie 174: „populäre Anrufungen wurden an Inhalte wie Rassismus und Korporatismus gebunden, die ihre Radikalisierung in sozialistischer Richtung verhinderten.“

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 149.

¹⁴⁹ Ebd., S. 86.

¹⁵⁰ Ebd., S. 181.

¹⁵¹ Vgl. ausführlich Haury 2002, Kap. 5 (daraus auch die Zitate) sowie Kistenmacher 2015.

¹⁵² Laclau 1981, S. 105.

¹⁵³ Ebd., S. 112.

Renaissance“ kämpfen müssen, was den „linke[n] Flügel“¹⁵⁴ der NSDAP und den „plebejischen und antikapitalistischen Zug“ der „Mittelklassen“¹⁵⁵ in ein kommunistisches Projekt integriert hätte.

Worauf läuft die ‚national-populäre Anrufung‘ aber tatsächlich hinaus? Der Preis für die Konstruktion der Äquivalenzkette vom Proletariat zur Nation ist keineswegs ein die Klassengrenzen transzendierendes herrschaftskritisches Projekt, sondern der zunehmende Bedeutungsverlust der Signifikanten, was Laclau explizit einräumt,¹⁵⁶ und damit die Abkehr von begrifflich konturierter Kapitalismus- und Faschismusanalyse zugunsten der Bedienung diffuser Ressentiments gegen ‚Schieber‘, ‚Spekulanten‘ und ‚Parasiten‘, teils ‚jüdischer‘ Art. Befördert wird die Identifikation mit einer als klassenübergreifend und homogen imaginierten Nation. Das Problem sind jetzt nur noch die ‚antinationalen Groß- und Finanzkapitalisten‘. Dass Laclau den Topos der ‚Anti-Plutokratie‘ und dessen antisemitische Artikulation als zu einem konsequenten Antikapitalismus hin entwicklungsfähiges Element begreift, zeigt *erstens* seine Ausblendung der emotionalen Matrix dieser ressentimentbeladenen und prokapitalistischen Haltung.¹⁵⁷ Er bedenkt nicht, dass, wie auch immer konstruktivistisch verstanden, die Volk-als-Nation-Anrufung auf gesellschaftlich produzierte kollektiv narzisstische Bedürfnisstrukturen trifft, die zur projektiv-aggressiven Bekämpfung innerer sozialer und psychischer Konflikte an ausgeschlossenen Dritten neigen und die keineswegs mit der behavioristischen Konzeption des Subjekts als diskursiver Oberflächeneffekt zu erfassen sind.¹⁵⁸ *Zweitens* erweist die Annahme eines neutralen ‚Anti-Plutokratismus‘ Laclaus problematisches Verständnis von ‚Kapitalismuskritik‘. So zitiert er einen „Gesetzesvorschlag“ der „Nazi-Abgeordneten Strasser, Feder und Frick“ von 1930, der „eine Beschränkung des Zuwachses für alle Kapitalanlagen auf 4%, die entschädigungslose Enteignung des Aktienbesitzes der ‚Bank- und Finanzmagnaten‘ und die Nationalisierung der großen Banken“ vorsah und der „wortwörtlich“¹⁵⁹ auch von KPD-Abgeordneten eingebracht worden sei. Statt dies als Indiz für die Verkürzung des Antikapitalismus der KPD auf ein Ressentiment gegen Zins und (unverstandenes) Finanzkapital zu begreifen, gilt es Laclau als Beleg für die nicht nur Klassen-, sondern auch politische Neutralität und sozialistische Entwickelbarkeit des NS-„Jakobinismus“. Laclau ignoriert, dass die faschistische Rhetorik auf systematisch falschen Verständnissen ‚kapitalistischer‘ Ausbeutung als „Zinsknechtschaft“, der Trennung des zusammengehörenden Finanz- und industriellen Kapitals¹⁶⁰ und der grundsätzlichen Affirmation des Privateigentums an Produktionsmitteln beruht.¹⁶¹ Werden dem Kapitalverhältnis völlig äußerliche Kriterien ‚guter‘, ‚schaffender‘ Produktion unterlegt und die Abweichung davon als Verschwörung der Reichen getadelt, die das gute Ziel mit dem Zweck der Vermehrung ihrer Vermögen (und damit der Befriedigung ihrer Luxusbedürfnisse) korrumpieren, so kann von einem Verständnis kapitalistischer Produktionsverhältnisse keine Rede sein. Als Lösung empfiehlt sich dann auch letztlich das Pogrom, wie es das führende KPD-Mitglied Ruth Fischer 1923 auf einer gemeinsamen Veranstaltung von ‚Kommunisten‘ und völkischen Rechten propagiert hat: „Tretet die

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Ebd., S. 111. So redet auch die *Rote Fahne* von den „starken, wenn auch unklaren antikapitalistischen Stimmungen“ der Mittelschichten (zit. nach *Haury* 2002, S. 271).

¹⁵⁶ Vgl. *Laclau* 1981, S. 179.

¹⁵⁷ Vgl. dazu *Fromm* 1989, *Rensmann* 1998.

¹⁵⁸ Fromms Studien zum autoritären Charakter werden von Laclau mit wenigen Zeilen abgefertigt (vgl. *Laclau* 1981, S. 76). Im Postmarxismus ist es dann Mouffe, die den kollektiven Narzissmus und den autoritär-masochistischen „Trieb“, „mit der Masse zu verschmelzen und sich damit selbst in ihr zu verlieren“ (*Mouffe* 2007, S. 34) sogar zur anthropologischen Konstante adelt.

¹⁵⁹ *Laclau* 1981, S. 105.

¹⁶⁰ Vgl. zur Kritik an diesem Pseudoantikapitalismus v.a. *Postone* 2005, *Heinrich* 2005, S. 186ff.

¹⁶¹ Vgl. *Barkai*, S. 29, 94ff., 230.

Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner [...]?"¹⁶²

Die Ignoranz gegenüber einem sozialpsychologisch informierten Begriff regressiver Ideologien und Bewegungen, die Abwesenheit einer ökonomiekritisch informierten Konzeption mystifizierter Wahrnehmung kapitalistischer Reproduktion, das Fehlen einer kontextsensiblen Einschätzung der völkischen Tradition des deutschen Nationalismus und überhaupt ein problematisches Verständnis von Gesellschaftskritik zeichnen also Laclaus Beiträge zu Faschismus und Populismus in Auseinandersetzung mit Poulantzas aus. Laclaus Kunstgriff, der Nationalismus habe „isoliert betrachtet“¹⁶³ keine Klassenkonnotation, krankt nicht nur an der traditionsmarxistischen Verknüpfung von ‚(proletarischem) Klasseninteresse‘ und ‚Sozialismus‘.¹⁶⁴ Es ist gerade das Problem des Nation-Begriffs, dass er als Signifikant – isoliert betrachtet und linguistisch abstrakt gefasst – arbiträr mit Bedeutungen versehen ist, es aber mehr als fraglich ist, ob irgendeine historisch gegebene Bedeutung von ‚Nation‘, die sich faktisch in Institutionen, Diskursen und Bedürfnisstrukturen verfestigt hat, mit dem Projekt sozialistischer Emanzipation in Marxscher Perspektive vereinbar war.¹⁶⁵¹⁶⁶ Es ist jedenfalls kein Zufall, dass Laclau sich positiv auf die KPD bezieht, die faktisch zum Legitimationsbeschaffer faschistischer Ressentiments wurde, denn seine Hegemoniekonzeption in den hier untersuchten Beiträgen entbehrt jedes kategorialen Mittels, um sich gegen eine diskurstheoretisch begründete Querfrontstrategie abzugrenzen.

Literatur

Althusser, Louis, 2012 [1969]: Der Überbau: Über die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. In: Ders.: Über die Reproduktion. Ideologie und ideologische Staatsapparate, 2. Halbband, Hamburg, S. 17-303.

Balibar, Etienne, 1972 [1965]: Über die Grundbegriffe des historischen Materialismus. In: Althusser, L./Balibar, E., Das Kapital lesen, Bd. 2, Hamburg, S. 268-414.

Barkai, Avraham, 1998 [1977]: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt am Main.

Berding, Helmut, 1988: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt/M.

Dimitroff, Georgi, 1976 [1935]: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den

¹⁶² Zit. nach *Haury* 2002, S. 283.

¹⁶³ *Laclau* 1981, S. 87.

¹⁶⁴ Laclau beharrt darauf, der Marxismus-Leninismus sei „ein Element in der Ideologie der Arbeiterklasse“ (ebd., S. 95). Wie dieses Element mit der Arbeiterklasse verbunden ist, bleibt aber unklar. Eine Differenzierung zwischen ökonomischen Interessen und politisch-ethischen Haltungen des Proletariats unterbleibt in seinen frühen Schriften, die genauso wie Poulantzas durchgängig ‚proletarisch‘ mit ‚sozialistisch‘ vermischen. Die Frage ist aber nicht, ob der Nationalismus *proletarisch* ist oder nicht, sondern, ob er *sozialistisch* ist oder nicht. Das geht bei Laclau hier durcheinander.

¹⁶⁵ Die Gründe für die *sozialistische* Revolution lassen *keinerlei* nationale Spezifizierung zu: Kapitalistische – und nicht deutsche, englische oder italienische – Ausbeutung, Krisenhaftigkeit und Entfremdung sind hier zu überwinden.

¹⁶⁶ Das bedeutet nicht, dass der Appell an die Nation in antikolonialen oder der antisemitischen Vernichtungswut entgegneten Praktiken nicht auch eine sinnvolle *defensive* Rolle spielen kann, die die weitere Möglichkeit emanzipatorischer Praktiken bewahren könnte. In der antiimperialistischen Ideologie geht dieser situative und jeweils eingehend zu begründende Aspekt der nationalen Anrufung aber in eine besinnungslose Affirmation des Volkes-als-Nation über, die sich zum nützlichen Idioten metropolitaner herrschender Klassen machen lässt und rechten Ressentiments Legitimität verleiht statt sie zu bekämpfen. So lobt Laclau Poulantzas‘ vermeintlich „entwickeltere Position“ (ebd., S. 189) aus späteren Schriften, in der dieser einen progressiven Aspekt europäischer Nationalismen (z.B. des Gaullismus) erkennt, weil diese gegen die Vorherrschaft des ‚US-Imperialismus‘ gerichtet seien. Als wären de Gaulles Ziele um einen Deut besser gewesen als die der US-Bourgeoisie, nur weil er weniger erfolgreich in der internationalen Konkurrenz war.

- Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. In: Ders.: Ausgewählte Schriften 1933-1945, Köln, S. 95-164.
- Freud, Sigmund*, 1995 [1917]: Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. Frankfurt am Main.
- Fromm, Erich*, 1989 [1936]: Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders.: Gesamtausgabe Bd. 1, München, S. 141-187.
- Giddens, Anthony*, 1984 [1973]: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt am Main.
- Godelier, Maurice*, 1990 [1984]: Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen. Hamburg.
- Haury, Thomas*, 2002: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.
- Heinrich, Michael*, 2005 [2004]: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. 3. Aufl. Stuttgart.
- Hirsch, Michael*, 2009: Libertäre Demokratie im neoliberalen Staat. Die Begriffe Staat, Politik, Demokratie und Recht im Poststrukturalismus und Postmarxismus der Gegenwart. In: Ders./Voigt, R. (Hg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart.
- Hoffmann, Jürgen*, 1996: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Grundzüge der deutschen Gesellschaftsgeschichte. Vom Feudalsystem bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990. Dreizehn Vorlesungen. Münster.
- Holz, Klaus*, 2010: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Neuausgabe. Hamburg.
- Hume, David*, 2005 [1748]: Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand. Hamburg.
- Kistenmacher, Olaf*, 2015: Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik. Bremen.
- Laclau, Ernesto*, 1981 [1976-1979]: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus-Faschismus-Populismus. Berlin.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal*, 2000 [1985]: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Marchart, Oliver*, 2011 [2010]: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. 2. Aufl. Frankfurt am Main.
- Marx, Karl*, 1989 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 3. Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. MEW 25. 30. Aufl. Berlin.
- Ders.*, 1993 [1867/72]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Band: Der Produktionsprozess des Kapitals. MEW 23. 18. Aufl. Berlin.
- Miliband, Ralph*, 1976 [1970]: Der kapitalistische Staat. Antwort an Nicos Poulantzas. In: Nicos Poulantzas/Ralph Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat. Mit einem Beitrag von Ernesto Laclau, Berlin, S. 25-35.
- Mouffe, Chantal*, 2007 [2005]: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 2. Aufl. Frankfurt am Main.
- Dies.*, 2013 [2000]: Das demokratische Paradox. Wien.
- Postone, Moishe*, 2005 [1982]: Antisemitismus und Nationalsozialismus. http://www.isf-freiburg.org/verlag/leseproben/postone-deutschland_lp.html (letzter Zugriff: 9.5.2013)
- Poulantzas, Nicos*, 1973 [1970]: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München.
- Ders.*, 1974 [1968]: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt am Main.
- Ders.*, 1976a [1969]: Das Problem des kapitalistischen Staates. In: Nicos Poulantzas/Ralph Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat. Mit einem Beitrag von Ernesto Laclau, Berlin, S. 5-24.

- Ders.*, 1976b [1976]: Der kapitalistische Staat. Eine Antwort auf Miliband und Laclau. In: ebd., S. 80-111.
- Ders.*, 1978 [1977]: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Priester*, Karin, 2014: Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie. Würzburg.
- Rensmann*, Lars, 1998: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Berlin-Hamburg.
- Sablowski*, Thomas, 2006: Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas. In: Bretthauer, L./Gallas, A./Kannankulam, J./Stütze, I. (Hg.): Poulantzas lesen – Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg, S. 257-273.
- Schuck*, Hartwig, 2014: Wie objektiv sind Interessen? Facetten und Funktionen des Interessenbegriffs in kritischen Analysen sozialer Verhältnisse. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie Bd.1/Heft 2, S. 298-324.
- Stäheli*, Urs, 2001: Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz, A./Schaal, G.S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart II. Opladen.